

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich nachmittags für den folgenden Tag.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 6).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

## Deutschland.

Preußen. Die erste Nummer der zur Preussischen Zeitung umgewandelten «Zeits» bringt an der Spitze ihres Blatts folgenden Artikel, der, wie schon der neuliche Artikel der Preussischen Correspondenz, als eine Art Programm der neuen Regierung angesehen wird:

Es ist eine besondere Fügung für unser Vaterland, daß mit der Neubildung des Ministeriums einer der wichtigsten und folgenschwersten Acte unsers Staatslebens, die allgemeine Wahl für das Haus der Abgeordneten, zusammentrifft. Die starke Bewegung, welche alle Kreise des öffentlichen Lebens ergriffen hat, ist die Wirkung dieses eigenthümlichen Umstandes. Sie ist der Ausdruck einer lebendigen Theilnahme des Landes an seinen theuersten Angelegenheiten, der von Gesundheit unserer Zustände zeugt. Man kann daher auch in keiner Weise wünschen, daß dieses regere öffentliche Streben zurückgedrängt werde, vielmehr muß man hoffen, und es ist die Aufgabe, daß unter der pflichtbewußten Mitwirkung aller wahrhaft patriotischen Männer diese Bewegung in eine stetige und besonnene Bahn geleitet werde und sich mit dem Geist echten Preussenthums, der hingebendsten Gesinnung für Thron und Vaterland durchdringe. Es ist eine erfreuliche Thatsache, daß auf Grund des monarchischen Bewußtseins und im Hinblick auf die Verfassung, welcher der Träger der königlichen Gewalt von neuem die Weihe gegeben hat, sich eine Vertheidigung und Ausgleichung der politischen Richtungen und Parteien anbahnt. An dieser Thatsache dürfen und sollen wir als an einer Ehre, die Preußen in seiner Gesamtheit und in seinen einzelnen Theilen ziert, freudig festhalten. Der echte Patriotismus aber wird, anstatt diese Erscheinung zu verdächtigen und mit allen Kräften wieder Hader und Parteilichkeit anzufachen, auf jene Erscheinung als eine hoffnungsvolle Bürgschaft für die sichere Machtstellung des Vaterlandes, insbesondere auch dem Auslande gegenüber, hinzeigen und sein Bemühen darauf richten, die sich kundgebende Entwicklung im echt monarchischen Geist zu fördern. Die Regierung hat von diesem Gesichtspunkt aus keinen Grund, die lebhafteste Bewegung des Moments als ein ungünstiges Symptom unserer Zustände zu betrachten. Sie würde am wenigsten daran denken wollen, berechtigten Aeußerungen des öffentlichen Verfassungslebens beschränkend entgegenzutreten. Aber wenn für die Regierung durch das Zusammentreffen des Anfangs ihrer Wirksamkeit mit dem Act der neuen Wahlen sofort die Frage in ihrem ganzen Ernst an dieselbe herantrat, in welchem Geist sie ihr Verhältnis zur Landesvertretung auffasse, in welchem Geist sie deren Mitwirkung wünsche und verlange: so hat die lebhafteste Theilnahme, welche diesmal die Wahlen begleitet, das neue Ministerium noch dringender darauf hinweisen müssen, sich selbst und dem Lande die Frage seiner Stellung klar zu beantworten. Ein preussisches Ministerium erscheine nicht würdig des hohen Vertrauens, durch welches es zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen ist, wenn es je vergessen könnte, welche Stellung in Preußen die Krone hat und haben muß. Die Rechte, die Ehre und die Macht der Krone zu vertreten, wird immer als die erste und heiligste Pflicht der höchsten Räte des Königs erscheinen müssen, und wo immer sich eine Anschauung oder ein Bestreben zeigen sollte, welche dem echt monarchischen Princip Abbruch thun könnten, wird man die Regierung mit fester Hand die monarchische Autorität aufrecht halten sehen. In Preußen ist der König wahrhaft Herrscher, in der vollen Selbstständigkeit und Freiheit seiner Entschlüsse der Leiter und Führer der Nation: auf dieser Grundbedingung hat bisher die großartige Entwicklung Preußens beruht, und auf ihr wird sie auch für alle Zukunft beruhen. Durchdrungen von dieser Ueberzeugung, wird das Ministerium seine Stellung als höchster Rath der Krone in gleichem Sinne auffassen und behaupten. Preußen bedarf einer einigen, starken Regierung. Diese soll als selbstbewußte Führerin auf der Bahn besonnenen Vorwärtsschreitens über dem Andrängen der mannichfaltigen Forderungen, welche Sonderinteressen und Parteien an sie richten, das Gesamtinteresse des Staats wahren und fördern. Die Regierung darf nicht die Dienerin der Parteien, nicht die Dienerin der Majoritäten werden, sondern sie wird sich stets der Pflicht bewußt sein, gegenüber den Ansprüchen des Moments und den subjectiven Parteauffassungen, das Recht der geschichtlichen und verfassungsmäßigen Entwicklung zur Geltung zu bringen. Indem die Regierung in der Lage ist, die thatsächlichen Verhältnisse des Landes, die Bedingungen seines Wohls und seiner Entwicklung in ihrem Zusammenhang zu überblicken, ist sie vor allem berufen, den Geist der Mäßigung und der staatsmännischen Abwägung zu verwirklichen. Im gegenwärtigen Moment tritt diese Aufgabe doppelt gewichtig an die Regierung heran. Sie richtet deshalb an die Wähler des Landes, ja an die ganze Nation den Mahnruf, in männlicher Besonnenheit sich zu sammeln. Nichts kann für die Entwicklung unserer öffentlichen Verhältnisse gefährlicher sein, als wenn die Parteien sich in Forderungen aller Art an die Regierung überbieten; und das Ministerium kann diejenigen nicht als seine Anhänger betrachten, welche, ohne Vertrauen zu dem Charakter desselben und ohne Bewußtsein von der Schwierigkeit seiner Aufgabe, der Regierung gegenwärtig offen nur darum nicht gegenüberzutreten, weil sie es durch eine scheinbare Unterstützung im Sinne ihrer Bestrebungen leichter vorwärts zu treiben hoffen. Die Regierung ihrerseits ist sich ihrer Pflicht vollkommen bewußt, der von ihr als nothwendig erkannten Richtung treu zu bleiben, und von dieser Pflicht wird sie nicht weichen. Sie wird mit dieser Auffassung der Landesvertretung gegenüberzutreten und ihre Mitwirkung auf solchem Wege als den wahren Beweis des Vertrauens und der loyalen Unterstützung in Anspruch nehmen. Wenn aber die Regierung Vertrauen vom Lande erwartet, wenn sie die Nothwendigkeit einer durchaus ruhigen und gemäßigten, jedem schroffen Uebergange fernem Entwicklung behauptet und aufrecht erhält, so stellt sie sich zugleich auf den Standpunkt, von dem aus sie das Recht hat, solches Entgegenkommen vom Lande zu verlangen. Der Regent, welcher die Räte der Krone berufen, hat in ergreifend einfacher Weise das Ministerium wie das ganze Volk auf diesen Standpunkt hingewiesen und demselben damit neue Festigkeit gegeben. Es ist dies der Boden der Gesetzmäßigkeit. Die großen Freiheiten und Rechte des Landes der ganzen Nation und jedem Einzelnen als unveräußerlichen, von der Krone zu reichstem Geschenk verliehenen Besitz zu wahren, die gesammte Verwaltung mit dem Geist der besten preussischen Traditionen zu durchdringen, jedem das Seine zu geben, ohne Ansehen der Person des Staates Schutz und Fürsorge zu gewähren und jeden an den Wohlthaten des Staates theilnehmen zu lassen: das ist eine Aufgabe, welche die Regierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung immer vor Augen haben wird und in deren gewissenhafter Erfüllung

sie zuversichtlich hofft, sich das Vertrauen des Regenten und das Vertrauen des Landes zu bewahren.

— In Bezug auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus hat der Minister des Innern folgende Circularverfügung vom 17. Nov. an sämtliche Regierungspräsidenten und Landräthe erlassen:

Es ist mir nicht entgangen, wie bei Gelegenheit der Versammlungen zur Vorbereitung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus Erwartungen, Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck gelangt sind, deren Erfüllung die gegenwärtigen Organe der Staatsregierung auf Grund ihrer mit Wissen und Willen der königlichen Macht sich gestellten Aufgabe entschieden abzulehnen verpflichtet sind. Ich sehe mich daher veranlaßt, Ew. rc. ernstlich darauf aufmerksam zu machen, daß diesen irrthümlichen Meinungen und Ansprüchen und solchen das Maß einer richtigen Würdigung der Verhältnisse und Bedürfnisse überschreitenden Erwartungen auf jedem gesetzlichen Wege überall entgegenzutreten und namentlich auf eine solche Auffassung der öffentlichen Zustände hingewirkt werde, welche dem Bestreben der Staatsregierung nach einer besonnenen und ihres Ziels sich bewußten Befriedigung der wahren Bedürfnisse des Landes entgegenkommende Unterstützung angebeihen läßt. Hieraus werden Ew. rc. den von der Staatsregierung eingenommenen Standpunkt erkennen, daß es sich nämlich nicht darum handelt, alle jene Traditionen aufzugeben, welche die Grundlage zur Größe und Machtstellung Preußens bilden; alle derartigen Bestrebungen und Zumuthungen wird die Staatsregierung vielmehr in dem Bewußtsein ihres Rechts zurückweisen, sowie sie überhaupt nicht geneigt sein kann und wird, irgendeine Ausschreitung, wohin sie sich auch richten möchte, zu gestatten. Ew. rc. werden dieser Eröffnung eine entsprechende und wirksame Verbreitung zu sichern wissen.

Zu vorstehender Bekanntmachung bemerkt die National-Zeitung: „Wir wissen nicht, ob die Bekanntmachung des Ministers des Innern thatsächlichen Grund nur in den Verhandlungen der berliner Wahlversammlungen findet und daher nur an das hiesige Polizeipräsidium gerichtet ist, oder ob sie als allgemeine Norm des Landes auch an andere Behörden erlassen wurde. Wir wissen «die das Maß einer richtigen Würdigung der Verhältnisse und Bedürfnisse überschreitenden Erwartungen», denen «auf jedem gesetzlichen Wege überall entgegenzutreten ist», nicht näher zu bezeichnen. Die Vorlagen, welche die Staatsregierung in der nächsten Session einzubringen denkt, sind natürlich noch unbekannt, und es fehlt daher jeder sichere Maßstab, welche Erwartungen für berechtigt zu gelten haben und welche nicht. Andererseits scheint nichts dem Charakter einer Wahl für eine dreijährige Gesetzgebungsperiode mehr zu entsprechen, als daß man sich über die Tendenzen der Candidaten, denen man sein Vertrauen schenken soll, einiges Licht zu verschaffen sucht und daß dabei auch die verschiedensten Interessen, welche im Lande irgendeinen Anhalt haben, zur Sprache kommen. Eine Verkürzung der monarchischen Initiative scheint uns hierin nicht entfernt zu liegen, da die Abgeordneten ja kein Versprechen erteilen und unmöglich erteilen können, nun auch die Punkte, mit denen sie sich einverstanden erklären, wirklich durchzusetzen, sondern natürlich nur insoweit, als sie dafür den Willen der Staatsregierung zu gewinnen im Stande sind. Soll diese Initiative so verstanden werden, daß die Wünsche und Bedürfnisse erst dann auszusprechen sind, wenn die Staatsregierung dieselben sich bereits förmlich angeeignet hat, so wäre nicht nur eine Landesvertretung, sondern auch jede Gattung einer freien Presse völlig unzulässig. Es können solche Erörterungen ihre Schranken nur an den Strafgesetzen finden. Diese würden ohne Zweifel anwendbar sein, wenn die Agitation in Berlin eine Form angenommen hätte, in welcher sie sich gegen die Traditionen richtete, «welche die Grundlage zur Größe und Machtstellung Preußens bilden». Obwohl diese Bezeichnung ebenfalls mehrdeutig ist, so wollte es doch Vielen scheinen, als ob die ganze Wahlbewegung der letzten Wochen vorzugsweise auf die Herstellung dieser guten alten Traditionen hinausginge. Es ist uns nicht bekannt, daß irgendwo eine Schmälerung der Kronrechte und eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Befugnisse der Volksvertretung verlangt worden wäre. Dagegen war überwiegend von der Rückkehr zur alten strengen Gesetzmäßigkeit und zu der freisinnigen Praxis in Angelegenheiten der Kirche, der Gemeinde, des Handels und der Gewerbe rc. die Rede, welche stets vor allem den Ruhm unsers Staats ausgemacht hat. Wir sind also völlig außer Stande, über die Gründe, welche den Minister zu dieser Bekanntmachung veranlaßt haben, eine nähere Auskunft zu erteilen. Vielfach waren wir in der Lage, in den letzten Tagen landrätliche Rescripte mitzutheilen, welche den Unmuth über den Rücktritt des frühern Ministeriums in der unverhohlenen Weise kundgeben, und namentlich die von dem Hrn. v. Westphalen verfolgten feudalen Bestrebungen aufs unbedingteste vertreten. Wir sind weit entfernt, der «Kreuzzeitungspartei» das Recht verkürzen zu wollen, ihre Ansichten innerhalb der Landesgesetze aufs entschiedenste zu verfechten, und wenden uns nur gegen die amtliche Form jener Ansprachen. Die Regierung kann nach unserer Ansicht offenbar verlangen, daß man nicht in ihrem Namen auftritt, um sie zu bekämpfen. Es ist bisher keine Instruction veröffentlicht worden, welche dieser Agitation entgegenträte. Dagegen ist leicht abzusehen, welcher Gebrauch von der bezeichneten Seite von der gegenwärtigen Publication des Ministers des Innern gemacht werden wird. Da es sich übrigens für uns nicht um Personenfragen handelt, so

Loose... find... werden... Cap... 88... alen... ndgut in... des besten... lich ein... ausbal... n findet... Die Lage... größten... bedeu... rträge... tlich be... schäftig... hme er... Deutschen... 98-94... stehen... neheren... ufactur... n Süd... n, noch... rrin sich... s Plag... en und... S. B... itung... 1006-69... etc.,... erlin... 154-66... poli... als... acirt... igten... e Er... itung... 07-9... n An... Wilt... t. Srl... Brand... ping... n. Lins... 4306... unfer... chs... nicht... biten